

# Zur Lage der Menschenrechte in Kambodscha nach dem Coup d'Etat vom Juli 1997

von Dirk Beusch

*Die Menschenrechtssituation in Kambodscha nach dem Putsch durch Hun Sen im Juli wurde von zwei fact-finding missions des Asian Forum for Human Rights and Development (Forum Asia, Bangkok) und der Asian Human Rights Commission (Hong Kong) Anfang August und Anfang Oktober 1997 untersucht. Gegen eine relative Ruhe im öffentlichen Leben steht die Willkürherrschaft eines Einzelnen, Hun Sen, und seiner Partei, die allem Anschein nach dabei sind, das Einparteiensystem in Kambodscha wiederherzustellen. Dirk Beusch faßt die Ergebnisse der Berichte im Folgenden zusammen.*

Die Durchsetzung demokratischer Grundrechte und die Freiheit — ungestört und rechtlich sanktioniert — diesen Rechten nachzugehen, waren in Kambodscha nie tief ausgeprägt. Ohne hier auf die Diskussion um »asiatische« und »westliche« Werte einzugehen, gibt es aber in Kambodscha immerhin eine Verfassung, die bestimmte Grundrechte festlegt und die den Orientierungsfaden für Menschenrechte abgibt.

## Politische Situation

Hun Sen und die *Cambodian People's Party* (CPP) sind nach dem erfolgreichen Putsch im Juli 1997 dabei, alle politische Macht auf sich zu vereinigen und damit eine Situation wiederherzustellen, wie sie vor dem Eingreifen der Vereinten Nationen 1991/92 in Kambodscha bestanden hat. Nach der Vertreibung bzw. Kaltstellung aller oppositionellen Kräfte regiert Hun Sen mit Dekreten und kehrt damit zu einer Praxis zurück, wie sie in seiner Regierungszeit vor den Wahlen im Mai 1993 üblich war.

*Dirk Beusch ist Diplompolitologe mit Schwerpunkt Festland-Südostasien und z.Zt. wissenschaftliche Lehrkraft bei der Deutschen Stiftung für Entwicklung (DSE) in Bad Honnef.*

Allein dies ist schon verfassungswidrig. Verbliebene oppositionelle Parteien im Land »kooperieren« mit der CPP, die in den nächsten Wochen ein Gesetz über politische Parteien und über die Formierung einer nationalen Wahlkommission verabschieden will.

Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen und kambodschanische NRO haben eingewandt, daß die beabsichtigten Gesetze es zulassen, mißliebige Kräfte zu »neutralisieren«. Es soll ein zweiphasiges Verfahren zur Anerkennung politischer Parteien eingeführt werden. Während schon 120 Kambodschaner eine Partei gründen können, soll die Partei aber erst ab einer Mitgliedschaft von 5000 offiziell registriert werden dürfen.

Wegen der Abwesenheit der wichtigsten oppositionellen Politiker dürfte es ein schwieriges Unterfangen werden, die benötigte Anzahl von Mitgliedern zu rekrutieren. Die Verfassung, die ja nach wie vor in Kraft ist, erlaubt dagegen das unbeschränkte Recht, eine politische Partei zu gründen. Außerdem sollen nur nominierte Mitglieder einer Partei sich zur Wahl stellen dürfen. Einzelpersonen und Mitglieder nicht-politischer Gruppierungen werden so eines ihrer politischen Grundrechte beraubt.

Das vorgeschlagene Gesetz zur Formierung einer Wahlkommission (genauer: einer Kommission zur Vorbereitung der Wahl, die im Mai 1998

stattfinden soll) erlauben es Hun Sen bzw. der Regierung, die Mitglieder und Funktionäre dieser Kommission zu kontrollieren. Die Effektivität und Neutralität der Kommission wird ad absurdum geführt, weil alle Mitglieder durch den Ministerrat ernannt werden sollen. Der Innenminister hat das Recht, Namen vorzuschlagen, und beide Ko-Ministerpräsidenten können dagegen ein Veto einlegen. Im Endeffekt läuft dies darauf hinaus, das die Regierung das letzte Wort hat, wenn es um die Regulierung der Wahlrechtsbestimmungen geht.

Gegen alle Einwendungen der Vereinten Nationen und verschiedener Menschenrechtsorganisationen scheint die CPP dennoch entschlossen zu sein, diese Gesetze ohne Modifikationen durchzusetzen. Unter diesen Umständen kann von einer freien und fairen Wahl nicht die Rede sein, zumal Hun Sen angekündigt hat, Prinz Norodom Ranariddh, seinen vormaligen Ko-Premier, festnehmen zu lassen, falls er ins Land zurückkehren will.

## Hun Sen versucht die Instrumentalisierung von NRO

Direkt nach dem Putsch am 5. und 6. Juli hörten viele Nichtregierungsorganisationen auf zu arbeiten. Sie wollten zunächst einmal die Situation



aus: PPP v. 21.11.-4.12.97, S. 1

**Ko-Ministerpräsident Hun Sen salutiert bei einer Militärfeier zum Unabhängigkeitstag am 9. November in Phnom Penh.**

abwarten. Tatsächlich hat Hun Sen auch kein Verbot oder andere Einschränkungen ihrer Arbeit durchgesetzt. Nur in einigen Provinzen meinten dort herrschende Gouverneure, die Arbeit der Menschenrechtsgruppen einschränken zu können. So wurde verlangt, das die NRO tägliche Berichte über ihre Arbeit abzuliefern hätten. Ein Gouverneur verlangte, daß nicht über Themen wie z.B. Mehrparteiensystem gesprochen werden dürfe. Beide Instruktionen wurden ignoriert, was keine negativen Konsequenzen nach sich zog. Deswegen kann man davon ausgehen, daß diese Versuche der Einschüchterung die Taten einzelner Provinzfürsten waren und nicht auf eine Anweisung aus Phnom Penh zurückzuführen sind.

Das *Human Rights Centre* der Vereinten Nationen veröffentlichte nach dem Putsch einen Bericht über »ungesetzliche Tötungen« während der Putschtage im Juli. Dieser Bericht wurde mit Hilfe kambodschanischer NRO zusammengestellt. Daraufhin schlug Hun Sen vor, eine *National Human Rights Commission* zu gründen, die die Vorwürfe des VN-Berichts prüfen solle. Hun Sen bot an, daß die verschiedenen Menschenrechtsorganisationen je einen Vertreter in diese Kommission entsenden sollten, und daß Vorsitzender und Stellvertreter den Rang eines Kabinettsministers erhalten sollen. Dieser Versuch einer Instrumentalisierung

der Menschenrechtsbewegung in Kambodscha wurde mit dem Hinweis zurückgewiesen, es sei nicht angemessen, den Wahrheitsgehalt des eigenen Berichtes zu überprüfen. Außerdem verlangten die Menschenrechtsgruppen, daß die Kommission durch parlamentarischen Akt und nicht durch Dekret etabliert werden solle. Hun Sen lud daraufhin einige NRO ein, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten.

Die noch arbeitenden NRO in Kambodscha versuchen derzeit, durch ihre Menschenrechtskampagnen, ein demokratisches Gegengewicht zu Hun Sen aufzubauen. Wegen der Abwesenheit vieler wichtiger oppositioneller Figuren wie Sam Rainsy sind sie im Moment die einzige Kraft im Lande, die dazu in der Lage ist. NRO sind aber kein Ersatz für politische Parteien und Einrichtungen einer Zivilgesellschaft. Hier muß die Entwicklung abgewartet werden.

Hun Sen muß im Umgang mit den Menschenrechtsgruppen und anderen Nichtregierungsorganisationen Vorsicht walten lassen. Er darf sich nicht zu viel erlauben, da der kambodschanische Haushalt nach wie vor zu mindestens 40 % vom Ausland finanziert wird. Diese Gelder sind kurz- und mittelfristig nicht aus eigener Kraft zu erwirtschaften. Hun Sens Abhängigkeit vom Ausland ist damit auch der einzige Faktor, der ihm seine Grenzen stecken (kann).

## Rechtsstaatlichkeit

Einige westliche Diplomaten und Journalisten sind nach den Ereignissen im Juli der Meinung, Hun Sen eine Weile agieren lassen zu müssen, da er allem Anschein nach wieder eine gewisse Stabilität in den Alltag gebracht hat. Tatsächlich sieht man kaum oder gar keine bewaffneten Soldaten mehr auf den Straßen Phnom Penhs, und auch auf dem Lande scheinen sich die Soldaten, nach Berichten von Menschenrechtsaktivisten, hauptsächlich in den Kasernen zu befinden. Die Menschen können sich frei bewegen und Geschäftsleute berichteten, daß sie seit dem Putsch keine Bestechungsgelder mehr an lokale Polizeibehörden zahlen mußten.

Nach Gesprächen, die die *Asian Human Rights Commission* während ihrer Tour führte, ist es dennoch illusorisch, Hun Sen und der CPP den Glauben an rechtsstaatliche Prinzipien unterstellen zu wollen. gesetzliche Ordnung, Pressefreiheit, demokratische Opposition und ein unabhängiges Justizsystem sind nicht auf ihrer Agenda.

Die meisten der heute tätigen Richter und Staatsangestellten sind durch die CPP während der Jahre von 1988-1991/92 eingestellt worden. Sie sind dieser Partei nach wie vor loyal zugewandt und in der Regel Mitglieder. Die nach den Wahlen von 1993 eingestellten Richter, die der FUNCINPEC von Norodom Ranariddh angehörten, sind entfernt worden oder befinden sich an einflußlosen Stellen. Einige wurden getötet.

Am 16. September 1997 sandte Hun Sens Justizminister einen Brief an alle Richter, in dem er dazu aufforderte, bestimmte Delikte wie Mord, Raubüberfälle, Besitz illegaler Feuerwaffen und Frauenhandel als »Delikte in flagranti« zu klassifizieren. Diese Fälle sollen keiner rechtsstaatlichen Ermittlung unterliegen, was aber die Verfassung verlangt. Die Delinquenten sollen sofort und ohne Verfahren zur Höchststrafe verurteilt werden. Es läßt sich nur erahnen, welchen Weg die kambodschanische Justiz in Zukunft nehmen wird.

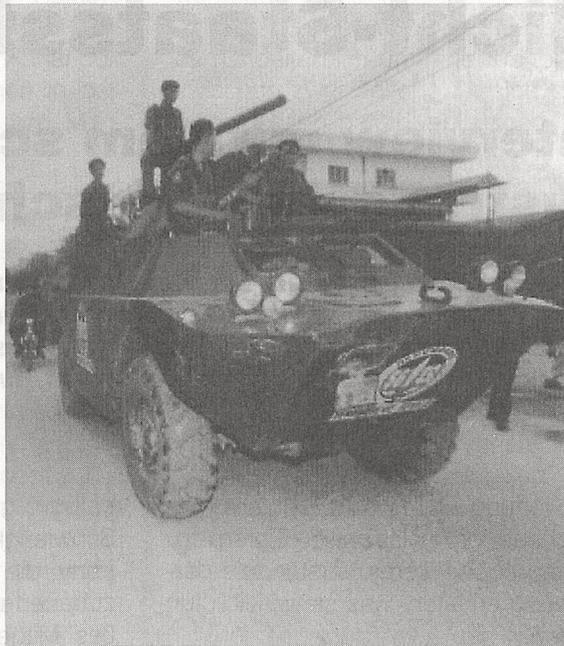
*Forum Asia* führte Interviews mit Hun Sen und dem neuen Ersten Premierminister, Ung Huot. Hun Sen versicherte, daß allen Menschenrechtsverletzungen, vor allen Dingen

den Berichten über »ungesetzliche Tötungen«, nachgegangen werde und bot an, sowohl bei der Untersuchung dieser Vergehen als auch bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahl nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen zu beteiligen. Angeblich sind das Innen-, Verteidigungs- und Justizministerium angewiesen worden, allen Menschenrechtsgruppen und dem Roten Kreuz vollen Zugang zu allen Gebieten zu gewähren, damit diese Berichten über Inhaftierungen und Menschenrechtsverletzungen nachgehen können.

Im Zusammenhang damit äußerte sich Hun Sen über die kommende Wahl im Mai 1998. Er kündigte freie und faire Wahlen unter internationaler Aufsicht an und machte seine Auffassung einer demokratischen Wahl publik. Der gesetzliche Mechanismus zur Wahlvorbereitung soll zwar auf parlamentarischer Basis beruhen; dies setzt er aber in Gegensatz zu Wahlvorbereitung und -durchführung unter Aufsicht der Vereinten Nationen (1993), die er als »schlechte Erfahrung« bezeichnet. Hält man sich vor Augen, daß das Wahlergebnis von 1993 aus seiner Sicht sicherlich eine schlechte Erfahrung, aber der gesamte Wahlprozeß, mit allen Fehlern, Kambodschas einzige wirkliche demokratische Erfahrung in diesem Jahrhundert war, so wird klar, daß Hun Sen diesmal auf Nummer Sicher gehen will. Seine Aussage, daß alle politischen Parteien, die ja, wenn oben beschriebenes Wahlgesetz Gesetzeskraft erlangt, unter Kontrolle seiner Regierung stehen würden, das Recht haben sollten, während der Wahl »in der Nähe der Wahlurnen« stehen zu dürfen, läßt nicht auf die Absicht einer frei und fair durchgeführten Wahl schließen.

Ung Huot versicherte der Mission von *Forum Asia*, daß er dafür sorgen werde, das demokratische Prozesse unterstützt werden und die kommende Wahl demokratisch ablaufen wird. Internationale Wahlbeobachter sollen zugelassen werden.

Insgesamt muß man zu dem Schluß kommen, daß die Regierung, in der Hun Sen offiziell ja (nur) Zweiter Premierminister ist, im Moment eher Lippenbekenntnisse liefert. Die Legitimierung und Konsolidierung seiner politischen Macht dürfte sein erstes Ziel sein. Die Ereignisse des 5./6. Juli zeigen, wie weit zu gehen er bereit ist. Wegen der Abwesenheit opposi-



Gendarmerie-Truppen während der Juli-Kämpfe

aus: PPP v. 21.11.-4.12.97, S. 1

tioneller Kräfte ist keine Kraft im Lande, die ihn und die Regierung im Vorfeld der Wahlen kontrollieren könnte.

### Empfehlungen der Asian Human Rights Commission und des Forum for Human Rights and Development für die nähere Zukunft

Nach Beendigung der *fact-finding missions* und nach Auswertung der Gespräche wurden von beiden Gruppen folgende Empfehlungen für die kurz- und mittelfristige Verbesserung der Menschenrechtsslage in Kambodscha ausgesprochen:

- Rückkehr aller oppositionellen Politiker inklusive Norodom Ranariddh und Sam Rainsy
- Bereitstellung von Einrichtungen für alle politischen Parteien, mit denen sie einen effektiven Wahlkampf führen können. Dies schließt den freien Gebrauch von Print- und elektronischen Medien ein
- Vorbereitung und Institutionalisierung internationaler Überwachung

aller Aspekte der Wahlvorbereitung, des Wahlkampfes, der Wahl selber sowie der Stimmenausschüttung

- Erlass von Wahlrechten in Konsultation mit allen politischen Parteien und der Öffentlichkeit.
- Sofortige Untersuchung der Berichte über Menschenrechtsverletzungen und Durchführung von Prozessen gegen diejenigen, denen man Verantwortung für diese Verletzungen nachweisen kann
- Beachtung der Vorschriften der kambodschanischen Verfassung (Rechtsstaatlichkeit)

Mittel- und langfristige Ziele bestehen in der Schaffung von Strukturen, die dazu dienen, die Etablierung einer rechtsstaatlich funktionierenden Gesellschaft (Zivilgesellschaft) zu ermöglichen, sie zu pflegen und zu erhalten. Dazu werden folgenden Empfehlungen ausgesprochen:

- Reform von Armee und Polizei zu professionell arbeitenden Einrichtungen, die der Gesellschaft und dem Staat dienen und nicht als verlängerter Arm einer Partei fungieren
- Aufbau einer unabhängigen Justiz, die dem Gesetz verpflichtet ist und nicht die Interessen einer Partei oder anderer Interessengruppen vertritt
- Einführung von Menschenrechtskonzepten und demokratischen Werten in das Erziehungs- und Ausbildungswesen, um die Mitglieder künftiger Generationen darauf vorzubereiten, volle und gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft zu sein
- Ausbildung und Training von Medienpersonal, damit sie in die Lage versetzt werden, die Qualität der Presse, des Radios und des Fernsehens zu verbessern und deren Entwicklung so zu fördern, daß sie Instrumente des Schutzes der eigenen und der gesellschaftlichen Freiheit werden.
- Fortgesetzter Druck durch ASEAN und die internationale Staatengemeinschaft, um weitere Menschenrechtsverletzungen zu verhindern.